

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-005236/2012
an die Kommission**

Artikel 117 der Geschäftsordnung

Konrad Szymański (ECR) und Martin Kastler (PPE)

Betrifft: Mittel unter dem Siebten Rahmenprogramm für Zwangssterilisationen in Namibia

In einem kürzlichen Bericht der Internationalen Gemeinschaft der mit HIV/AIDS lebenden Frauen werden Fälle von Zwangssterilisation von Frauen mit HIV/AIDS in Namibia beschrieben. Einige Frauen wurden von Ärzten und medizinischem Personal unter Druck gesetzt, indem ihre Einwilligung zur Sterilisation als Vorbedingung für die Durchführung eines Kaiserschnitts gefordert wurde. Anderen Frauen wurde das Formular über die Zustimmung zu einer Sterilisation ohne ausreichende Erklärung zusammen mit anderen Formularen vorgelegt. In allen dokumentierten Fällen wurde nicht angemessen über den Sterilisationsvorgang aufgeklärt. Eine von der namibischen Regierung durchgeführte Untersuchung kam dagegen zu dem Ergebnis, dass in den Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen, die der Menschenrechtsverletzung beschuldigt werden, alle vorgeschriebenen Verfahren eingehalten werden. Darüber hinaus hat die Regierung bisher kein grundsätzliches Verbot der Zwangssterilisation eingeführt.

2009 erhielt Namibia Mittel unter dem Siebten Rahmenprogramm (Haushaltlinie 08 02 01, Zusammenarbeit und Gesundheit). Der Hauptempfänger war EquitAble, ein Vierjahresprogramm zur Schaffung eines umfassenden und gleichberechtigten Zugangs zu Gesundheitsdiensten für hilfsbedürftige Menschen, die in einem ressourcenarmen Umfeld leben.

- Kann die Kommission angeben, ob es eine Verbindung zwischen dem Programm EquitAble und der namibischen Regierung gibt?
- Kann sie nachweisen, dass EquitAble nicht in den Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen tätig ist, in denen Fälle von Sterilisation ohne wirkliche Zustimmung belegt sind?
- Kann sie nachweisen, dass EquitAble nicht an der Sterilisation von Frauen ohne deren wirkliche Einwilligung beteiligt war?